

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

11.04.2024

Landtagsanhörung zum Antrag der Fraktion der FDP „Die Stunde der Wahrheit – Nordrhein-Westfalen muss für genügend baureife Straßenprojekte sorgen, statt Geld zu verschenken LT.-Drucksache 18/8118.

Vorbemerkung

Die Fraktionen der FDP hebt in ihrem Antrag die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hervor. Dabei kritisiert sie, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für Bundesstraßen von der Landesregierung in den Jahren 2022 und 2023 nicht vollständig abgerufen worden sind. Die Landesregierung wird von der antragsstellenden Fraktion aufgefordert, Ausbau und der Sanierung der Straßeninfrastruktur deutlich zu priorisieren und mit den Planungen des Bundes zu harmonisieren. Zudem sollen ausreichend baureife Projekte erarbeitet werden, damit die Bundesmittel zukünftig in jedem Haushaltsjahr vollständig abgerufen werden können.

Maßnahmen und Initiativen, die darauf gerichtet sind, die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und auszubauen, begrüßen wir als Landesvereinigung ausdrücklich. Eine intakte und leistungsfähige Straßeninfrastruktur ist für die Industrie und die Wirtschaft einer der unerlässlichen Grundvoraussetzungen. Der Zustand der Infrastruktur hat unmittelbaren Einfluss auf die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine der unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg unseres Wirtschaftsstandorts, der eine zentrale Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas ist. Der in der letzten Legislaturperiode begonnene Aufholprozess beim Thema Infrastrukturerhalt und

-ausbau muss dringend verstetigt und ausgebaut werden. Seit langem warnt die Wirtschaft vor den wirtschaftlichen Folgen des besorgniserregenden Zustands unserer Infrastruktur. Nun belegen auch die jüngsten Zustandsberichte der Autobahn GmbH, von Straßen.NRW sowie der Landesregierung den Zustand anhand von Zahlen und Fakten. Politisch besteht damit auf allen Ebenen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit mit Blick auf den Erhalt und den Ausbau unserer Straßeninfrastruktur.

Dies gilt insbesondere auch für den Erhalt und den Ausbau der Brückeninfrastruktur in unserem Bundesland. Neben dem dringend erforderlichen und gebotenen Ausbau der Straßeninfrastruktur, stellen die Brückenbauwerke ein massives Hemmnis für den gegenwärtigen und zukünftigen Zustand der Verkehrsinfrastruktur dar. Aus dem letzten Zustandsbericht zur Brückeninfrastruktur NRW geht hervor, dass ein wesentlicher Teil der Brücken in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand ist. Zahlreiche Ersatzneubauten, Brückenverstärkungen und Instandsetzungen sind und werden erforderlich. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die ohnehin schon besorgniserregende Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur.

Sinnvollere und zielgerichtete Verkehrspolitik

Für die nordrhein-westfälische Industrie und Wirtschaft haben die Defizite beim Zustand der Infrastruktur unmittelbare negative Folgen, in Form von zusätzlichen Kosten, einem erhöhten Personal- und Materialaufwand für Umwege sowie Umsatzeinbußen durch verlorene Aufträge. Eine schnelle, verlässliche und nachhaltige Beseitigung der Infrastrukturdefizite ist jedoch basierend auf den aktuellen politischen Diskussionen nicht zu erwarten. Stattdessen entsteht bei den Unternehmen der Eindruck, dass der für den Warentransport dringend notwendige Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur nicht mit der notwendigen Priorität angegangen und umgesetzt wird. Die Unternehmen brauchen und erwarten Planbarkeit und Verlässlichkeit, damit sie am Standort Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft festhalten und weiter investieren. Der Umstand, dass Mittel zur Sanierung der Infrastruktur nicht abgerufen werden, ist aus Sicht von Wirtschaft und Industrie sehr negativ und deutlich zu kritisieren. Mit Blick auf die massiven Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke ergibt sich für das NRW-Verkehrsministerium und insbesondere Straßen.NRW sowie die NRW Niederlassungen der Autobahngesellschaft des Bundes die unmittelbare Verpflichtung durch einen ausreichenden Planungsvorrat und die entsprechende Priorisierung vorhandener interner und externer Planungskapazitäten für einen vollumfänglichen Mittelabruf bei Bau und Ertüchtigung von Bundesstraßen zu sorgen. Andernfalls drohen in Folge der unzureichenden Instandhaltung und Sanierung weitere massive Negativentwicklungen durch Sperrungen und Umfahrungen. Die Wirtschaft appelliert an Bund und Land, an einem Strang zu ziehen und Streitigkeiten um Zuständigkeiten unmittelbar zu beenden, damit schnell geplant, genehmigt und vor allem saniert und gebaut werden kann. Die Unternehmen brauchen jetzt schnelle und entschlossene Entscheidungen und

zielgerichtete Maßnahmen, damit die Sanierung und der Erhalt der Infrastruktur deutlich an Fahrt aufnimmt.

Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen

Unternehmen brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit, damit sie am Wirtschaftsstandort festhalten und investieren. Damit dies gelingt, gilt es Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur deutlich zu beschleunigen. Das Land ist hier gefordert, sämtliche Hemmnisse im Landesrecht und in untergesetzlichen Regelungen zu beseitigen, damit Investitionen in das Straßennetz schneller ermöglicht werden. Zudem sollte die Landesregierung ihren Einfluss beim Bund geltend machen und sich insbesondere mit Blick auf Bundesstraßen für Beschleunigungen einsetzen. In diesem Zusammenhang ist unerlässlich, dass ausreichend planungsreife Projekte vorliegen und in die Umsetzung gehen können.

Baustellenplanung und -management verbessern

Für die Unternehmen ist klar, dass die Sanierung und der Ausbau der Straßeninfrastruktur nur mit umfangreichen Baumaßnahmen durchführbar sind. Mit Blick auf das Baustellenmanagement sehen wir allerdings erhebliches Verbesserungspotential. Mit Blick auf die negativen Folgen von Baustellen, wie Verzögerungen, Umleitungen und Sperrungen, die zu Kostensteigerungen und erhöhtem CO₂-Ausstoß führen, sollten die Phase der Baustellen so effizient wie möglich ausgestaltet werden. Aus der Praxis erreichen uns jedoch immer wieder Rückmeldungen, dass Bauarbeiten unnötig in die Länge gezogen werden, beispielsweise durch längere Unterbrechungen der Bautätigkeit. Insofern sollten die bestehenden Möglichkeiten von zusätzlichen Arbeitszeiten so weit wie möglich ausgeschöpft und pragmatisch erweitert werden. Neben der effizienteren Durchführung der Maßnahmen besteht Verbesserungsbedarf bei der vorausschauenden Planung und Kommunikation von Baumaßnahmen. Durch eine frühzeitige Information über Straßenbaumaßnahmen erhalten Unternehmen die Möglichkeit, ihre Fahrten und Planungen anzupassen.

Sanierung erfordert Rohstoffe

Die von der Landesregierung beschlossene Sanierungsoffensive ist grundsätzlich zu begrüßen. Wichtig ist, dass sie mit konkreten Maßnahmen und verbindlichen Schritten und Zielen umgesetzt wird. Grund zur Besorgnis ergibt sich allerdings mit Blick auf die parallel gesetzten Ziele der Rohstoffpolitik der Landesregierung. Der Rohstoffbedarf sowohl für Sanierung als auch für Ersatzneubauten ist groß und wird auch perspektivisch auf Grund des immensen Investitionsbedarfs nicht signifikant zurückgehen. Daher steht die geplante Einführung einer nordrhein-westfälischen Rohstoffabgabe auf Sand und Kies im Widerspruch zu den massiven Herausforderungen im Infrastrukturbereich. Eine weitere Verteuerung der Infrastruktursanierung durch die geplante Rohstoffabgabe wäre ein Fehler, der

vom Land nicht umgesetzt werden darf. Mit Blick auf die zu erwartenden Rohstoffbedarfe in sämtlichen Sektoren, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Rohstoffmengen in ausreichender Kapazität zur Verfügung stehen. Es ist absehbar, dass die heute bereits hohe Recyclingquote nicht ausreichend sein wird, die immensen Rohstoffbedarfe zu bedienen.

Baumaßnahmen besser aufeinander abstimmen

Weiteres Potential für Verbesserungen besteht bei der Abstimmung von verschiedenen Baumaßnahmen. Insbesondere beim kommunalen Straßenbau bietet sich eine stärkere Abstimmung von verschiedenen Baumaßnahmen aufeinander an. Das bestehende Angebot der Landesverkehrszentrale sollte verstärkt von den Kommunen genutzt werden, damit die Einschränkungen der Baumaßnahmen so gering wie möglich gehalten werden können.